

**Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung**

Deutscher Bundestag  
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache  
18(12)106

06.05.2014 - 18/580

1110-3

**Antrag**

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

fu 615

**Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:**

Der Verteidigungsausschuss fordert die Bundesregierung auf, die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland zu beenden. Das Festhalten an der nuklearen Teilhabe und die damit verbundene Modernisierung von Waffen und Trägermitteln ziehen erhebliche Belastungen des Haushaltes nach sich und konterkarieren die deutsche Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik.

**Begründung:**

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der nuklearen Teilhabe entbehrt sicherheitspolitisch jeder Begründung. Im Gegenteil, die Bereitstellung von Kapazitäten zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen beinhaltet für die Bundesrepublik Deutschland erhebliche Risiken, die zudem mit hohen Kosten bei der Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft einhergehen.

US-Präsident Barack Obama hatte mit seiner Rede in Prag neue Bewegung in den internationalen Diskurs um die nukleare Abrüstung gebracht. Im Widerspruch dazu stehen Absichten der USA, ihre auch in Deutschland verbliebenen Atomwaffen durch neue Bomben zu ersetzen.

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu der Frage, welches Trägersystem auch für die neuartigen Atomwaffen vorgehalten werden soll und welche zusätzlichen Kosten durch seine Anpassung entstehen werden. . Hinzu kommen die Mittel, die für den Ausbau des Atomwaffenlagers in Büchel erforderlich sind. Schätzungen gehen von einem Deutschen Kostenbeitrag in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages aus. Die schwarz-rote Bundesregierung muss sich endlich endgültig von der Idee der nuklearen Abschreckung verabschieden, hierfür vorgehaltene Fähigkeiten und Mittel nicht länger bereit stellen und sich für eine entsprechende Anpassung des strategischen Konzepts der NATO einsetzen.

Berlin, den 07.05.2014

*Agnieszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner*

Agnieszka Brugger MdB

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB